

Rede zur Gründung des Bernburger Bündnisses, Januar 2007, Gedenkstätte

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn wir uns heute zur Gründung des Bündnisses für Demokratie und Toleranz zusammengefunden haben, dann nicht, weil sich Politik und öffentliche Verwaltung in ihren Grundfesten erschüttert und hilflos sehen würden angesichts der Ausbreitung rechtsextremistischen Gedankengutes in Deutschland.

Ich bemühe an dieser Stelle auch nicht den historischen Bezug zur Situation von 1929 bis 1933. Die Bundesrepublik ist nicht die Weimarer Republik und die rechten Rattenfänger firmieren nicht in der NSDAP und haben - Gott sie Dank – (noch) keinen „Führer“.

Wir beobachten aber sehr genau, was sich am rechten Rand der Gesellschaft abspielt und sehen gewisse Tendenzen mit großer Sorge – aber zur Panik besteht kein Grund. Wohl aber zum Nachdenken über besseres Agieren und Reagieren und effektivere Kommunikationsstrukturen all derer, die sich auf den demokratischen Konsens geeinigt haben und in einer weltoffenen, pluralistischen und toleranten Gesellschaft leben wollen.

Schnell überliest man kleinere Meldungen über rechtsextreme Aktivitäten in den Tageszeitungen. Ich nenne aus den vergangenen Tagen nur diese Ereignisse:

- Am 6.1.: Anschlag mit rechtsradikalem Hintergrund auf ein Asylbewerberheim in Sangerhausen
- 15.1.: Zur Lesung des Historikers Hannes Heer in der Magdeburger Stadtbibliothek verlangen ca. 50 protestierende Rechtsextreme Einlass. Dank einer entsprechenden Vorbereitung konnte dies von Polizei und Veranstaltern verhindert werden.
- 16.1.: Rechtsextremisten gründen im EU-Parlament in Straßburg erstmals seit 13 Jahren wieder eine eigene Fraktion.
- Ebenfalls 16.1.: Aus Anlass des Jahrestages der Bombardierung Magdeburgs gibt es einen rechtsextremen Aufmarsch; später werden Nazis den OB Trümper privat vor seinem Wohnhaus bedrängen, weil er den niedergelegten Kranz der Rechtsextremen beiseite gelegt hatte.
- 17.1.: In Frankfurt/Oder wird ein Rosa-Luxemburg-Denkmal beschmiert.
- 24.1.: Aus Magdeburg wird berichtet, dass verstärkt Rechtsradikale an Veranstaltungen Andersdenkender teilnehmen. Sie nutzen diese als Foren für den Wahlkampf.

Oder schauen wir einmal auf unsere unmittelbare Umgebung. Glücklicherweise sind im Landkreis Bernburg im vergangenen Jahr keine Vorfälle aufgetreten, die geeignet gewesen wären, deutschlandweit und international zu Recht Abscheu zu erzeugen.

Mein Amtskollege im benachbarten Landkreis Schönebeck hatte da mit dem Reagieren auf rechtsradikale Schandtaten sehr viel unangenehmere Aufgaben zu erledigen. Ich erinnere an die stundenlangen Misshandlungen eines kleinen farbigen Heimkindees in Pömmelte und an die öffentliche Verbrennung eines Anne-Frank-Buches anlässlich einer Sommersonnenwendfeier in Pretzien.

Die Tatsache, dass jeder Ort ein ganz individuelles Mikroklima erzeugt, soll uns nicht zu der Meinung verleiten, Vorgänge wie in Pömmelte oder Pretzien könnten sich in unserem Landkreis nicht ereignen. Wir wissen, dass sich in Sachsen-Anhalt und auch in unserem Landkreis neue Strukturen der Nazis herausbilden, dass sie ihre Strategien ändern.

Bis Ende 2006 wurden sieben Stützpunkte der Jungen Nationaldemokraten im Land aufgebaut, der nächste soll vermutlich in Köthen installiert werden. Der Landesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten studiert in Bernburg an der Hochschule Anhalt. Die Kameradschaften der NPD folgen dabei einer Drei-Säulen-Strategie: "Kampf um die Köpfe, um die Straße und die Parlamente".

Insbesondere mit Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen sind wir alle gefordert, öffentlich Stellung zu beziehen und unsere ganze Kraft dafür einzusetzen, dass die Vernunft die Oberhand behält.

Denn im Wahlkampf wird die NPD tatkräftig von der regionalen Kameradschaftsszene und der JN unterstützt werden. Dabei ist in Bernburg mit seinem JN-Stützpunkt, Szenetreffen und Neonazi-Laden für die Region ein wichtiger Anlaufpunkt vorhanden.

Wir haben die Erfahrung machen müssen, dass zwei ganz unterschiedliche Haltungen beim Umgang mit den Neonazis nicht taugen:

1. Das Wegschauen, das Ignorieren: Das Problem des Rechtsextremismus erledigt sich eben nicht von allein. Insbesondere unter den jungen Menschen finden dumpfe Parolen und Gewaltbereitschaft immer mehr Resonanz. Dagegen hilft Passivität nicht.
2. Das sogenannte Einbinden: Man kann dem Bürgermeister von Pretzien nicht vorwerfen, dass er ein Sympathisant rechten Gedankengutes wäre. Er wollte die Nazis ins Gemeindeleben integrieren, um den Ungeist durch gemeinnützige Tätigkeit im Heimatverein, der Touristeninformation oder der Feuerwehr zu besiegen. Letzten Endes haben aber die Nazis den Bürgermeister für ihre Zwecke benutzt.

Es gibt auf Landes-, Kreis- und lokaler Ebene die vielfältigsten Initiativen gegen die Phänomene des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit. Wenn wir heute das Bernburger Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus und Gewalt gründen, müssen wir diese langjährigen Aktivitäten und engagierte Vereinigungen und Einzelpersonen würdigen und benennen.

Ich nenne einige Beispiele und beginne mit meiner eigenen Verwaltung. Wir haben aus gutem Grund eine ehrenamtliche Ausländerbeauftragte bestellt und mit Jeanne Colgan eine in hohem Maße einsatzfreudige, allseits anerkannte und durchsetzungsfähige Frau gewonnen.

- Unsere Ausländerbehörde setzt nicht nur das geltende Ausländerrecht um, sondern tritt auf der Basis der Gesetze durch besondere Ausländerfreundlichkeit hervor – dafür erhielt die Behörde eine Auszeichnung der Berliner Humboldt-Universität im Rahmen eines Wettbewerbes (ich erinnere daran, dass der Bernburger Hochschulstandort einen Ausländeranteil von 14 % besitzt.)
- Ich nenne die Bemühungen der Kreisvolkshochschule insbesondere um einen fundierten Deutschunterricht für Spätaussiedler und Kontingentflüchtlinge.
- Seit Jahren agiert im Landkreis Bernburg der Arbeitskreis „Interkulturelle Arbeit Bernburg“ unter Leitung der Stiftung Evangelische Jugendhilfe St. Johannis, selbstverständlich mit Beteiligung des Landkreises. Dieser Arbeitskreis organisiert als jährlichen Höhepunkt jeweils Ende September die „Woche der ausländischen Mitbürger“.
- Eine ganz interessante Arbeit leistet seit 1998 der Arbeitskreis „Jüdische Geschichte in Bernburg“, dem Kreisoberpfarrer Schmidt vorsteht. Man sollte nicht vergessen, dass das

Wissen um die historischen Abläufe, die zur Vernichtung der örtlichen jüdischen Gemeinden führte, eine notwendige Voraussetzung für die Begegnung von Antisemitismus in der Gegenwart ist. Erfreulich ist dabei die große Resonanz, die die jährliche Öffnung des Bernburger jüdischen Friedhofes findet. Der Arbeitskreis erhielt 2003 eine Auszeichnung und eine finanzielle Zuwendung für die weitere Aufstellung von geschändeten Grabsteinen auf dem jüdischen Friedhof vom Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt.

An die Bezeichnung dieser Einrichtung des Bundes lehnte sich die Vorbereitungsgruppe des Bernburger Bündnisses bei der Suche nach einem Namen an – Kreisoberpfarrer Schmidt wird anschließend näher darauf eingehen. Auf der Basis der Gründungserklärung wollen die Initiatoren des Bernburger Bündnisses eine lokale Plattform bieten für alle, die dem Rechtsruck in unserem Lande Einhalt gebieten wollen.

Bei allen Unterschieden in der politischen und konfessionellen Ausrichtung der sich zum Bündnis bekennenden Einrichtungen und Einzelpersonen sollen die in der Gründungserklärung genannten Ziele des Bündnisses der Konsens, die Klammer sein für ein funktionierendes Netzwerk im Kampf gegen Rechtsextremismus in allen Spielarten. Ich fordere deshalb die Anwesenden auf, sich per Unterschrift zu diesem Konsens zu bekennen und aktiv und kreativ mitzuarbeiten im Bernburger Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus und Gewalt.